Dienstag, 16. Juli 2019, 14:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Die Informations-Placebos

Statt brauchbare Informationen über Staatshaushalt und Steuersystem zu liefern, serviert ARD-aktuell nur Nichtigkeiten.

von Volker Bräutigam, Friedhelm Klinkhammer
Foto: Syr_y/Shutterstock.com

Wer verantwortlich für sich und die Seinen entscheiden will, braucht exakte Informationen über

sein Soll und Haben sowie über seine Handlungsoptionen. Und wer als Staatsbürger verantwortlich über die Geschicke der Nation mitbefinden will, muss wissen, wie es um das Staatsvermögen, um Staatseinnahmen und -ausgaben steht. Offiziell wird das Hochglanzbild vom „mündigen" Bürger gepflegt, für den sich Michel Piefke und Lieschen Kraushaar halten sollen. Tagesschau & Co. sorgen allerdings mit ihren regierungsfrommen und systemkonformen Nachrichten dafür, dass zwischen Behauptung und Wirklichkeit Welten liegen.

Das Haushaltsrecht gilt als eine der wichtigsten parlamentarischen Kompetenzen eines demokratisch verfassten Gemeinwesens. Nicht von ungefähr nutzt die jeweilige Opposition Haushaltsdebatten im Bundestag zu Generalabrechnungen mit der Regierung. Die Grundlage dafür ist der Vorschlag der Regierung für Einnahmen und Ausgaben im nächsten „Haushaltsjahr", der immer etwa Mitte des Jahres erfolgt. So lautet die Juni-Meldung der ARD-aktuell:

„*Das Bundeskabinett hat den Haushaltsplan für das kommende Jahr auf den Weg gebracht. Vorgesehen sind Ausgaben von knapp 360 Milliarden Euro, etwas mehr als für dieses Jahr geplant. Erneut will der Bund ohne neue Schulden auskommen. Das gelingt den Plänen nach nur, weil Finanzminister Scholz auf Rücklagen zugreift, die etwa für die Integration von Flüchtlingen vorgesehen waren*" (1).

Das ist die komplette Meldung über das fundamentale Thema in einer 20-Uhr-Hauptausgabe der Tagesschau. Sie enthält lediglich zwei zentrale Aussagen: Sie streicht die Leistung der Regierung

heraus und bedient den Stammtischmief sowie den Wähler am rechten Rand.

„Ausgaben ohne neue Schulden“: Unsere verlässliche Regierung beweist Verantwortungsbewusstsein für die künftige Generation.

„Zugriff auf Rücklagen für die Flüchtlinge“: Es kann doch nicht angehen, dass unser Staat mehr für die Fremden ausgibt als für die, „die schon länger hier wohnen“.

> ***Mit dieser Pseudo-Information macht die ARD-aktuell Bückling vor der Bundesregierung und narkotisiert zugleich das kritische Bewusstsein des Publikums.***

Man soll/darf gar nicht drüber nachdenken, was in dieser „Nachricht“ alles nicht mitgeteilt und erst recht nicht erklärt wurde.

Beispiel: Berichtet wird da nur über die Ausgabenseite des Entwurfs für den Bundeshaushalt. Kein Wort zu Einnahmen und Einnahmemöglichkeiten. Denn da müsste es um mehr als 200 Milliarden Euro gehen, auf die der Staat jährlich in voller Absicht pfeift — indem er auf Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften verzichtet (2), auf eine Vermögenssteuer (3), auf angemessene Erbschafts- und Schenkungssteuer (4) und die Anhebung des Spitzensatzes von derzeit nur 42 Prozent (5). Dieser Satz hatte 1990 noch bei 53 Prozent gelegen (6) und war seither von SPD und den Grünen, später von Unionsparteien und FDP und schließlich von der GroKo systematisch herunterschraubt worden.

Schon ein Mini-Steuersatz von 0,1 (!) Prozent auf die Umsätze an den deutschen Börsen brächte 40 Milliarden Euro in die Staatskasse (7), aber im Unterschied zu Frankreich und anderen europäischen Staaten kann sich die Regierung in Berlin nicht dazu durchringen. Mit dem Thema „Finanztransaktionssteuer“ befassen sich unsere Politluschen seit Jahr und Tag nur, soweit publikumswirksam

erforderlich. Die Aufzählung ist unvollständig, in vielen weiteren Steuergesetzen sind Regelungen versteckt, die den hiesigen Geldadel noch weiter privilegieren.

Der Staat verfügt mit dem Steuerrecht über ein umfassendes Instrumentarium zur Umverteilung. Er nutzt es seit Jahrzehnten nicht mehr für sozialen Ausgleich. Im Gegenteil: Regierung und Parlamentsmehrheit missachten den impliziten Auftrag des Grundgesetzes, der lautet:

„*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat*“ (8).

Wie es damit bestellt ist, zeigt ein Blick auf die im Internet aufrufbaren Seiten mit sogenannten Vermögens- und Schuldenuhren. (9) Dass hier „Uhren“ — Mehrzahl — stehen muss, weil die Angaben stark voneinander abweichen, beweist bereits das große generelle Informationsdefizit: Statt präziser Daten gibt es nur einigermaßen verlässliche Schätzungen. Übereinstimmung besteht lediglich darin, dass zwischen Arm und Reich hierzulande eine Kluft von vielen Billionen Euro (1 Billion = 1 Million mal 1 Million) entstanden ist.

7,1 Millionen Menschen sind überschuldet. Eine der Hauptpositionen: Mietschulden. Andererseits leben 1,3 Millionen Millionäre und 228 Milliardäre unter uns. (10) Das Netto-Geldvermögen — ohne Immobilien und Sachvermögen, zum Beispiel Schmuck, Kunstgegenstände — in Deutschland beläuft sich auf 6,2 Billionen Euro (11), eine Summe, von der sich kaum jemand eine realistische Vorstellung machen kann.

> ***Tagesschau, Tagesthemen & Co. versuchen gar nicht erst, behilflich zu sein. Ihre Berichterstattung über unseren Staatshaushalt, über Steuereinnahmen und -ausgaben ist so fadenscheinig wie ein abgelatschter***

> ***Flickenteppich.***

Die Redaktion ARD-aktuell liefert eben bloß weitgehend abstrakte Information, ohne Bezug zur Alltagsrealität, losgelöst von Hintergründen, frei von Vergleichbarkeit und Verständlichkeit. Obwohl sie laut Rundfunkstaatsvertrag verpflichtet ist zur „Einordnung von Nachrichten“, um den Zuschauern eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, verfehlt sie dieses Ziel weit — und wissentlich.

Zur Grundsteuer-Reform nur Befindlichkeiten

In der zweiten Junihälfte 2019 sendete die Redaktion zum Beispiel insgesamt 25 Beiträge zum Thema Grundsteuer-Reform. Dargestellt wurden zumeist Diskussionsverläufe im Bundestag, vorzugsweise die Meinungsunterschiede zwischen Spitzenleuten und Steuerexperten der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD. Viel über Befindlichkeiten, aber nur ganz allgemein über inhaltliche Gestaltungsabsichten. Ein typischer hohler Tagesschau-Nachrichten-Klassiker:

„*Die Große Koalition hat sich auf eine Neuregelung der Grundsteuer geeinigt. Wie die Steuer künftig genau berechnet wird, ist allerdings noch nicht bekannt. Die Länder scheinen aber neue Rechte bei der Berechnung zu bekommen*“ (12).

Mit solchen Mitteilungen lässt sich konkret überhaupt nichts anfangen. Um welche Relationen es sich handelt, ob die bestehende soziale Unausgewogenheit gemildert oder verstärkt wird und welche Problematiken mit dem Reformvorhaben verbunden sind, bleibt im Dunklen. Nur nebenher wurde die Größenordnung angesprochen, um die es geht: Um ein Steueraufkommen der

Grundsteuer B auf bebaute Grundstücke von bisher rund 14 Milliarden Euro. Dieser vergleichsweise kleine Steuerertrag wird von den privaten Eignern eines gigantischen Grundvermögens erhoben. Nach vorsichtigen Schätzungen verfügt rund die Hälfte der privaten Haushalte über Immobilienbesitz im Wert von jeweils mindestens 130.000 Euro, das ergibt insgesamt circa 3 Billionen Euro (13).

Wie gesagt, angesichts solcher Summen endet unser Vorstellungsvermögen. Deshalb sei hier ein bildhafter Versuch erlaubt:

Eine Million Euro, in 20-Euro-Scheinen gebündelt, wiegt rund 40 Kilogramm. Das heißt: Eine Milliarde Euro in 20er-Banknoten wiegt 40.000 Kilo, ebensoviel wie 500 normalgewichtige Männer (80 kg).

Eine Milliarde Euro in 1-Euro-Münzen würde zwölf Eisenbahn-Waggons mit jeweils 60 Tonnen Aufnahmegewicht füllen.

Und nun stelle man sich vor, dass eine Billion das jeweils vertausendfachen würde. ...

Das private Baugrund-Vermögen würde, in 1-Euro-Münzen dargestellt, 36.000 Güterwaggons füllen. Da ein Güterwaggon eine Normlänge von 18 Metern hat, ergäbe das einen Zug von 648 Kilometern Länge, gefüllt mit 1-Euro-Münzen; das entspricht der Bahnstrecke Hamburg–München über Hannover, Kassel und Würzburg.

Wenn wir mit diesen Vergleichen zumindest eine halbwegs konkrete Vorstellung vom Wert des privaten Baugrund-Eigentums entwickeln, können wir auch ermessen, wie bescheiden die Einnahme des Staates durch die Grundsteuer B ist: Die 14 Milliarden entsprechen 168 Güterwaggons mit Münzen, einer Zuglänge von etwas mehr als 3 Kilometern, der halben Gleisstrecke zwischen

Hamburg-Hauptbahnhof und dem Bahnhof Hamburg-Harburg.

Der Tagesschau wäre es technisch gesehen ein Leichtes, solche bildlichen Vergleiche zu erstellen, in Fotos, Grafiken, Filmen. Sie denkt aber gar nicht dran, sie bleibt bewusst im Bereich des völlig Unvorstellbaren.

Land- und Forstwirtschaft unterliegen der Grundsteuer A; deren Gesamtaufkommen erreicht kaum 400 Millionen Euro pro Jahr (14). Die Grundsteuer A kann hier außer Betracht bleiben. Der Gesamtsteuerertrag auf das Baugrundvermögen beläuft sich aber auch nur auf nicht einmal 0,5 Prozent des nach Grundsteuer B belasteten Wertes.

Dieser Durchschnittsprozentsatz ist, zugegeben, ebenfalls nur abstrakt, er ignoriert die erheblichen sozialen Unterschiede, die auch zwischen den Grundeigentümern bestehen. Beispiel: Eine halbe Million besonders Reicher wohnt in Palästen mit einem Wert von jeweils mehr als einer Million Euro, sie verfügen also über einen Immobilien-Gesamtwert von insgesamt 500 Milliarden Euro. In anderen Worten: eine halbe Billion Euro.

> ***Würde man diese Superreichen nicht mit nur 0,5 Prozent Grundsteuer belasten, sondern mit 3 Prozent Luxussteuer, dann könnte der Staat auf die Grundsteuern für alle anderen Eigentümer restlos verzichten. Was, notabene, sich auch günstig auf die Wohnungsmieten auswirken müsste.***

Realistisch ist diese Alternative angesichts der Berliner Machtverhältnisse allerdings nicht. Trotzdem könnte die ARD-aktuell sie und andere zu bedenken geben. Sie unterlässt es und trägt damit dazu bei, dass eine solche Steuerreform mangels öffentlicher Information und umfassender Debatte nicht die Spur einer Realisierungschance hat.

Darüber hinaus unterhält die Immobilienbranche eine höchst einflussreiche Lobby in Berlin. (15) Die veranstaltete im Juni zum Beispiel das Groß-Event „Deutscher Immobilientag“ in der *Verti Music Hall* am Berliner Spreeufer. Geladen waren mit Horst Seehofer, Andreas Scheuer, Svenja Schulz und Peter Altmaier gleich vier Bundesminister, und auch die Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus (CDU) und Christian Lindner (FDP) sowie weitere hochrangige Politiker/innen aus Bundestag, Bauministerium, Landes- und Kommunalpolitik entblödeten sich nicht, daran teilzunehmen. (15) Über die schöne Fete für die High Society der Politik berichtete die Tagesschau natürlich kein Wort.

Einflussnahme der Karlsruher Richter

Zu den erwähnten parlamentarischen Scheingefechten über eine Grundsteuerreform ist anzumerken: Im April 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht die gegenwärtig noch praktizierte Steuerbemessung gekippt (16), weil sie aufgrund veralteter Wertannahmen zu groben Verzerrungen und Ungleichbehandlung geführt hatte. Das Gericht verlangte eine Korrektur bis Ende dieses Jahres, in der jetzigen Form darf sie von Januar 2020 an nicht mehr erhoben werden. Der Vorgang erinnert stark an das Schicksal der Vermögenssteuer. Die wurde 1995 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt (17), weil das Immobilienvermögen ungerechterweise erheblich günstiger besteuert worden war als das Geldvermögen und andere Eigentumsarten.

Ein Reformkompromiss kam damals nicht zustande. Seit 1996 wird deshalb überhaupt keine Vermögenssteuer mehr erhoben. In der Debatte über eine Wiedereinführung wird jetzt gelegentlich sogar behauptet, Vermögenssteuern seien an sich verfassungswidrig. Jeder kann sich denken, wer so argumentiert und warum. Zustimmung zu einer verfassungskonformen neuen

Vermögenssteuer ist mit der jetzigen Koalitionsregierung jedenfalls nicht vorstellbar. Erst recht nicht, wenn die sich gegenwärtig vertiefende schwarz-grüne Umnachtung zu einer entsprechenden Parlamentsmehrheit und ebensolchen Regierungsbildung führen sollte.

Zu befürchten ist, dass es mit der Grundsteuerreform ganz ähnlich laufen wird: Im Bundestag wird so lange darüber gestritten, bis die derzeit noch fällige Steuer aufgrund des Karlsruher Urteils abgeschafft werden muss. Und dann?

Die Einnahmen aus der Grundsteuer B kommen den Gemeinden zu; die Kommunen müssten bei einem Wegfall eben mit höheren Anteilen an Länder- beziehungsweise Bundessteuern bedient werden. Wie das vonstatten ginge, lässt sich angesichts der kapitalistischen „Werte“orientierung unserer Gesellschaft leicht ausmalen: Dank seines dann steuerfreien Immobilien- und des eh schon steuerfreien übrigen Vermögens an Geld und Sachwerten im Gesamtwert von 11 Billionen Euro (17) wäre der deutsche Geldadel nahezu komplett von steuerlichen Lasten auf Eigentum befreit und hätte nur noch übliche Verbrauchssteuern zu tragen. Zum Ausgleich der öffentlichen Haushalte müssten dann natürlich „die kleinen Leute“ verstärkt herangezogen werden …

Die Alternative? Das komplette Privatvermögen oberhalb von einer Million Euro mit 3 Prozent zu besteuern, würde ausreichen, um sämtliche Ausgaben des derzeitigen Bundeshaushalts zu decken. Dann könnten der arbeitenden und vermögenslosen Bevölkerung die Steuerlasten größtenteils abgenommen werden (19).

Über derartige Alternativen hört man von Tagesschau, Tagesthemen & Co. selbstverständlich kein Wort, ebenso wenig wie darüber, wie die sonstigen Giftkonstrukte im Staatshaushalt zu entfernen wären. ARD-aktuell kommentiert zwar den Haushaltsentwurf kritisch:

„Der Haushalt von Finanzminister Scholz ist einfallslos... Seit Jahren wird uns eine Finanztransaktionssteuer versprochen, also eine Einführung von Steuern auf Geld- und Wertpapiergeschäfte. Ebenfalls seit Jahren ist eine Digitalsteuer im Gespräch. Google, Amazon und wie sie alle heißen zahlen in Deutschland prozentual weniger Steuern als Kleinverdiener. Beides gibt es immer noch nicht. Multimillionäre zahlen auf ihre Kapitalgewinne gerade mal 25 Prozent Steuern — so mancher Facharbeiter zahlt mehr. Denkbar wären auch höhere Spitzensteuern...“ (20).

Aber auch diese rare Kritik zielt nur auf einige Spezialitäten, nicht auf das höchst ungerechte und unvollständige Gesamtsystem. Normalerweise beschränkt sich die ARD-aktuell eben nur auf die Wiedergabe von Verlautbarungen der Regierung und der Parteien, das heißt: sie spielt ihre übliche Rolle als Pressestelle und Transportgehilfin der Berliner Politik, gibt das jedoch als unabhängigen Journalismus aus.

Kein Aufschrei ob der Steuerungerechtigkeit

Dass der Haushalt vor allem von den schon genannten „kleinen Leuten“, den abhängig Beschäftigten und den Verbrauchern finanziert wird, nicht jedoch von der hoch vermögenden Geldelite, verschweigt ARD-aktuell hartnäckig: Lohnsteuer und Mehrwertsteuer machen bereits die Hälfte des Staatshaushalts aus (21). Es könnte ja einen Aufschrei geben, würde die Tagesschau einmal im Monat die Grafik herzeigen, die das Bundesfinanzministerium selbst über Art und Verteilung des Steueraufkommens veröffentlicht ... (21).

Rund 110 Milliarden, fast ein Drittel der Einnahmen des Bundeshaushaltes, stammen allein aus Lohnsteuern und

Solidaritätszuschlag. Der Arbeitnehmer muss aber darüber hinaus mit eigenen Beiträgen für Rente, Arbeitslosen- und Krankenversicherung aufkommen. Die Mehrwertsteuer mit 95 Milliarden Euro ist der nächst wesentliche Einnahmeposten im öffentlichen Haushalt. Sie frisst weitere erhebliche Teile der Löhne und Gehälter. Mineralöl- und Stromsteuer sowie eine Reihe anderer „eingepreister" Verbrauchssteuern schröpfen den Normalbürger noch zusätzlich. Für die Vermögenden ist das hingegen alles nur Klimpergeld. So sieht sie aus, die Steuergerechtigkeit im Verständnis unserer „Eliten".

> ***Warum dennoch kein Aufschrei? Den gäbe es wohl, wenn in der Bevölkerung mehr Faktenwissen darüber bestünde, wie maßlos ungerecht unser Gemeinwesen finanziert wird. Das wird jedoch, wie schon angemerkt, mit der hierzulande praktizierten Informationspolitik verhindert.***

Der Öffentlichkeit wird vielmehr vorgemacht, es sei kein Geld da, um die zunehmenden Schäden der Infrastruktur, dauerhafte Umweltschäden, Bildungsdefizite, Mängel im Gesundheitswesen und in der Altenpflege zu beseitigen; Armutsrenten seien unvermeidlich und, quasi gottgewollt, „alternativlos". Änderungen seien nur möglich, wenn „alle den Gürtel enger schnallen", das aber sei gegenwärtig „politisch nicht vermittelbar".

Solche saudummen Redensarten sind zwar in diesem Jahrhundert nicht mehr ganz so gebräuchlich wie früher, aber die entsprechende Grundeinstellung wird auch heute noch propagiert: Reformen kosten Geld, das der „einfache Mann" aufbringen müsste.

Mit „Jetzt drohen Verteilungskämpfe" weiß ARD-aktuell die Propagandasprüche von SPD und CDU aufzunehmen und tut dabei so, als habe es diese Sprechblasen nicht schon unter der Schröder-Regierung gegeben, als gebe es keinen Wählerbetrug, als bestünde

keine Komplizenschaft der Parteienmehrheit bei der Ausplünderung breiter Bevölkerungsschichten, der Niedriglöhner, „Aufstocker“, „prekär“ Beschäftigten, der Arbeitslosen und Rentner (22).

Oxfam, der internationale Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, stellte Anfang 2019 fest, dass in Deutschland 1 Prozent der Bevölkerung über 31 Prozent des Vermögens verfügt. ARD-aktuell berichtete hierüber, ließ die Angaben aber sogleich von einer „opportunen Zeugin“ wieder bezweifeln. Die klassische Manipulationsmethode: Eine „Expertin“ des „Instituts der deutschen Wirtschaft“, IW, durfte begründungsfrei die Berechnungsmethode von Oxfam in Frage stellen und diffamieren. (23) Dass hinter dem IW mächtige Interessenverbände stehen wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, BDA, und der Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI, verschwieg ARD-aktuell geflissentlich und demonstrierte damit erneut ihre Gefügigkeit und ihr journalistisches Kriechertum gegenüber Geldmacht und der Regierungspolitik.

Innerhalb der Eurozone ist Deutschland nach Litauen das Land mit der zweithöchsten Vermögensungleichheit. Unstrittig ist und noch schwerer wiegt außerdem, dass auch die Einkommensungleichheit heute deutlich höher ist als noch vor gut 20 Jahren. In den letzten Jahren ist die Armutsquote trotz guter konjunktureller Lage und steigender Erwerbstätigkeit kaum zurückgegangen. Insbesondere alte Menschen und Arbeitslose verarmen unübersehbar (24).

Diese Entwicklung fördert — wie jede historische und auch die aktuelle Erfahrung belegen — radikale politische Positionen. Mit diesen wächst zugleich die latente Aggressionsbereitschaft mit allen negativen Folgen. Dazu gehört insbesondere die Entwicklung hin zum Überwachungs- und Polizeistaat.

Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk hätte dem einiges

entgegenzusetzen. Er ist ja dazu verpflichtet, kritisches Bewusstsein zu initiieren und zu unterstützen. Sein Nachrichtenangebot demonstriert aber nichts anderes als Auftragsverweigerung. ARD-Tagesschau und ZDF-„heute“ sind längst nicht mehr Produkte unabhängig denkender und arbeitender Journalisten. Sie bewegen sich strikt in einem politisch-gesellschaftlich vordefinierten Informationsrahmen. Den füllen sie mit Einheitsware von Nachrichtenagenturen und Pressestellen. Stichworte: Staatsfunk, Gleichschaltung.

Es braucht dafür keine Diktatur und keine Zensur mehr. Das alles funktioniert informell und von alleine, als Selbstzensur gemäß den Wünschen des Geldadels, denen sich Politik und Medien beugen.

Quellen und Anmerkungen:

(1) **https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-31995.html** (https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-31995.html)
(2) **https://www.zeit.de/2005/37/Steuern** (https://www.zeit.de/2005/37/Steuern)
(3) **https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-01/vermoegensteuer-ungleichheit-reichtum-studie** (https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-01/vermoegensteuer-ungleichheit-reichtum-studie)
(4) **https://www.gesetze-im-internet.de/erbstg_1974/index.html** (https://www.gesetze-im-internet.de/erbstg_1974/index.html)
(5) **https://www.financescout24.de/wissen/ratgeber/spitzensteuersatz** (https://www.financescout24.de/wissen/ratgeber/spitzensteuers

atz)

(6) **http://www.schule-studium.de/Sozialkunde/Einkommensteuer-in-Deutschland.html** (http://www.schule-studium.de/Sozialkunde/Einkommensteuer-in-Deutschland.html)

(7) siehe unter anderem **https://www.boeckler.de/22099_22106.htm#** (https://www.boeckler.de/22099_22106.htm#); **https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/finanztransaktionssteuer-studie-einnahmen-deutschland** (https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/finanztransaktionssteuer-studie-einnahmen-deutschland) ; **https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/finanztransaktionssteuer-bringt-hohe-einnahmen-a-1022507.html** (https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/finanztransaktionssteuer-bringt-hohe-einnahmen-a-1022507.html) ;

(8) **https://www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/236661/deutschland-ein-demokratischer-und-sozialer-bundesstaat** (https://www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/236661/deutschland-ein-demokratischer-und-sozialer-bundesstaat)

(9) **https://www.vermoegensteuerjetzt.de/topic/21.vermoegensuhr.html** (https://www.vermoegensteuerjetzt.de/topic/21.vermoegensuhr.html) ; **https://www.staatsverschuldung.de/schuldenuhr.htm** (https://www.staatsverschuldung.de/schuldenuhr.htm) ; **https://steuerzahler.de/aktion-position/staatsverschuldung/dieschuldenuhrdeutschlands/?L=0** (https://steuerzahler.de/aktion-position/staatsverschuldung/dieschuldenuhrdeutschlands/?L=0) ; **https://www.boerse.de/boersenwissen/staatsverschuldung/** (https://www.boerse.de/boersenwissen/staatsverschuldung/)

(10) **https://www.welt.de/wirtschaft/plus181373140/Ranking-der-Reichsten-Das-sind-Deutschlands-228-Milliardaere.html?**

wtrid=sea.google.weltplus_generic_dsa_neu.weltplus_artikel_feed.dsa-545852384299.0&gclid=EAIaIQobChMIyqaulqed4wIVBc93Ch0AQQLXEAAYAyAAEgJCfPD_BwE (https://www.welt.de/wirtschaft/plus181373140/Ranking-der-Reichsten-Das-sind-Deutschlands-228-Milliardaere.html?wtrid=sea.google.weltplus_generic_dsa_neu.weltplus_artikel_feed.dsa-545852384299.0&gclid=EAIaIQobChMIyqaulqed4wIVBc93Ch0AQQLXEAAYAyAAEgJCfPD_BwE)

(11) **https://www.tagesgeldvergleich.net/statistiken/geldvermoegen.html** (https://www.tagesgeldvergleich.net/statistiken/geldvermoegen.html) ; s.a. **https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37880/umfrage/geldvermoegen-der-privathaushalte-in-deutschland/** (https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37880/umfrage/geldvermoegen-der-privathaushalte-in-deutschland/)

(12) **https://www.tagesschau.de/inland/grundsteuer-grundrente-101.html** (https://www.tagesschau.de/inland/grundsteuer-grundrente-101.html)

(13) **https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Vermoegen-Schulden/Publikationen/Downloads-Vermoegen-Schulden/evs-geld-immobilienvermoegen-schulden-2152602189004.pdf?blob=publicationFile&v=2** (https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Vermoegen-Schulden/Publikationen/Downloads-Vermoegen-Schulden/evs-geld-immobilienvermoegen-schulden-2152602189004.pdf?blob=publicationFile&v=2)

(14) **https://www.haushaltssteuerung.de/weblog-aufkommen-der-grundsteuer-a-b-im-laender-und-zeitvergleich.html**

(https://www.haushaltssteuerung.de/weblog-aufkommen-der-grundsteuer-a-b-im-laender-und-zeitvergleich.html)
(15) **https://www.lobbycontrol.de/2019/06/zia-immobilientag-kein-guter-ort-um-ueber-wohnungspolitik-zu-diskutieren/#pk_campaign=20190706&pk_source=nl** (https://www.lobbycontrol.de/2019/06/zia-immobilientag-kein-guter-ort-um-ueber-wohnungspolitik-zu-diskutieren/#pk_campaign=20190706&pk_source=nl)
(16) **https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2018/04/ls20180410_1bvl001114.html** (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2018/04/ls20180410_1bvl001114.html)
(17) **https://www.cecu.de/vermoegenssteuer.html** (https://www.cecu.de/vermoegenssteuer.html)
(18) **https://crp-infotec.de/wp-content/uploads/d-privatvermoegen-zusammensetzung.gif** (https://crp-infotec.de/wp-content/uploads/d-privatvermoegen-zusammensetzung.gif)
(19) **https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ungleichheit-einkommensteuer-abschaffen-nur-vermoegen-belasten-1.2836584** (https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ungleichheit-einkommensteuer-abschaffen-nur-vermoegen-belasten-1.2836584)
(20) **https://www.tagesschau.de/kommentar/scholz-haushalt-103.html** (https://www.tagesschau.de/kommentar/scholz-haushalt-103.html)
(21) **http://www.bpb.de/wissen/TQ0PLW,0,0,Steuereinnahmen_nach_Steuerarten.html** (http://www.bpb.de/wissen/TQ0PLW,0,0,Steuereinnahmen_nach_Steuerarten.html)
https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_106.html (https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_106.html)
(22) **https://www.tagesschau.de/wirtschaft/steuerschaetzung-**

koalition-101.html
(https://www.tagesschau.de/wirtschaft/steuerschaetzung-koalition-101.html)
(23) **https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-250495.html**
(https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-250495.html)
(24) **https://www.boeckler.de/wsi_66092.htm**
(https://www.boeckler.de/wsi_66092.htm)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, ist Journalist. Er startete bei Tageszeitungen in Süddeutschland und landete 1975 für zehn Jahre in der **Tagesschau**-Redaktion in Hamburg. Nach elf weiteren Jahren als Personalrat und Kulturredakteur im NDR übernahm er 1996 einen Lehrauftrag an der **Fu Jen Catholic University** in Taipeh.

Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, ist Jurist. Von 1975 bis 2008 war er fest angestellt beim NDR. Er war Gesamtpersonalrats- und ver.di-Vorsitzender sowie zeitweise Arbeitnehmer-Vertreter im NDR-Rundfunk- und -Verwaltungsrat.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.